

ZUR BILDUNGSPOLITIK 2013

# SCHULINFO DER SPD-LANDTAGSFRAKTION HESSEN



## EDITORIAL



Heike Habermann, MdL

Es fehlt in Hessen an klar erkennbaren Zielen in der Bildungspolitik. Und vor allem fehlt es an der Unterstützung für die Schulen für die wachsenden Anforderungen. Viele neue Wegweiser sind in den vergangenen Jahren aufgestellt worden. Sie enden in Sackgassen oder auf Baustellen. Schulen sollen inklusiv arbeiten. Die notwendige Fortbildung der Lehrkräfte und vor allem zusätzliche Fördermöglichkeiten werden nicht bereitgestellt. Schulen sollen selbstständig werden. Das erfordert eine bessere Kooperation zwischen Schulträger und Land, um den Schulen auf diesem Weg bürokratische Hindernisse bei der Verwendung ihrer Budgets zu beseitigen. Es erfordert auch Ansprechpartner vor Ort, die mit Entscheidungskompetenzen ausgestattet sind. Stattdessen wurde gegen alle Widerstände ein Landesschulamt durchgesetzt. Auch nach einem halben Jahr ist nicht erkennbar, wie sich durch eine bürokratische Zentralisierung von Aufgaben die Beratung der Schulen vor Ort intensivieren soll. Das Landesschulamt ist bis heute eine Blackbox geblieben. Da wundert es nicht, wenn externer Sachverstand eingekauft wird, um herauszufinden, was das Landesschulamt überhaupt leisten soll. Und dann ist da noch die verkorkste G8-Reform, die den Schulen vor die Tür gekippt wurde, um sich einer unangenehmen Diskussion zu entledigen. Mit allen zu erwartenden Folgen: Eltern sind unzufrieden und die Schullandschaft zersplittert immer weiter. Perspektivischer als die Auseinandersetzung um G8 oder G9 wäre, unterschiedliches Lerntempo von Kindern bei der Ausgestaltung der Schulzeit zu berücksichtigen. Wer die Schulen so alleinlässt, zerstört Bildungschancen von Kindern.



Heike Habermann, MdL  
Bildungspolitische Sprecherin

# INHALT

<b>Für eine neue Schulpolitik – mit Stil!</b>	<b>5</b>
<b>Frühkindliche Bildung – Was kommt nach dem KiföG?</b>	<b>6</b>
<b>Ganztagsschulen</b>	<b>7</b>
<b>Schulzeit zu Ende – Was nun?</b>	<b>8</b>
<b>Mehr Praxis in der Lehrerbildung</b>	<b>9</b>
<b>Vielfalt stärken – Inklusion fördern</b>	<b>10</b>
<b>Impressum</b>	<b>12</b>



## FÜR EINE NEUE SCHULPOLITIK – MIT STIL!

In Kürze entscheidet Hessen, wie es in der Landespolitik und damit auch in der Schulpolitik weitergehen wird. Weichenstellungen stehen an.

Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Jahren sehr intensiv an diesem zentralen Feld der Landespolitik gearbeitet und dabei immer sehr aufmerksam mit den Betroffenen diskutiert. Denn wir schätzen den Sachverstand der vielen Experten, mit denen wir sprechen konnten, sehr, und wir sind sehr dankbar, dass sie uns ihre Zeit geschenkt haben. Vor allem aber ist es eine Stilfrage, ob man über oder mit den Betroffenen spricht.

Dabei ist eines sehr deutlich geworden: Kaum jemand wünscht sich für sein Kind G8 – im Gegenteil. Die Ablehnung ist breit, und auch die sogenannte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 hält nicht, was sie verspricht. Deswegen wird die SPD den G8-Murks beenden und durch ein flexibles, kindgerechtes System ersetzen.

Deutlich wurde aber auch, dass es in vielen Feldern der Bildungspolitik – sei es beim Thema Inklusion, der Weiterentwicklung der Lehrerbildung, dem Ausbau von Ganztagschulen vor allem im Grundschulbereich, um nur einige Stichworte zu nennen – erheblichen Handlungsbedarf gibt. Es muss endlich vorwärtsgehen in diesem Land!

Die SPD hat zu allen Fragen Antworten formuliert – Antworten, die wir in der Regierungsverantwortung umsetzen wollen. Dafür setzen wir wieder auf Sie! Denn nach der Wahl müssen die Konzepte in die Realität umgesetzt werden, und das kann nur funktionieren, wenn es mit den Betroffenen zusammen geschieht. Vor allem aber ist es eine Stilfrage, ob man über oder mit den Betroffenen spricht.



SPD-Fraktionsvorsitzender  
Thorsten Schäfer-Gümbel,  
MdL

Ihr   
Thorsten-Schäfer-Gümbel, MdL  
SPD-Fraktionsvorsitzender



Gerhard Merz, MdL

## FRÜHKINDLICHE BILDUNG – WAS KOMMT NACH DEM KIFÖG?

Das Ende der Debatte ist noch lange nicht erreicht. Auch nach der dritten und vorerst letzten Lesung des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) im Hessischen Landtag bleibt die Frage, wie Ausbau und Qualitätssteigerung in der frühkindlichen Bildung am besten bewerkstelligt und vor allem auch bezahlt werden soll, ganz oben auf der politischen Tagesordnung. Die SPD-Landtagsfraktion hat klar erklärt, dass sie im Falle einer SPD-geführten Mehrheit im Landtag als eine der ersten Maßnahmen der neuen Legislaturperiode das Gesetz wieder aufheben würde. Es soll dann durch ein gemeinsam von Land, Kommunen, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Elternvertretungen und Fachleuten aus der Wissenschaft erarbeitetes Gesetz ersetzt werden. In diesem Gesetz müssen dann die Herausforderungen der frühkindlichen Bildung beschrieben und die dafür nötigen fachlichen Standards und die Ressourcenvoraussetzungen unter Beachtung der Grundsätze der Konnexität und Subsidiarität definiert werden. Bis zum Inkrafttreten dieses neuen Gesetzes würde die bisherige Mindestverordnung wieder in Kraft treten und die Finanzierung zunächst auf der Basis der zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden abgeschlossenen Vereinbarung im Gefolge des Staatsgerichtshofurteils erfolgen. Die SPD-Landtagsfraktion wird nach der Sommerpause Eckpunkte für ein solches Gesetz vorlegen, die sich bereits jetzt aus den vielen Gesprächen und Diskussionen zum KiföG herauskristallisiert haben. Klar ist: Das Land wird zusätzliche Finanzmittel bereitstellen müssen, und es wird eine Rückkehr zum gruppenbezogenen Finanzierungsmodus geben. Die vierte Lesung des KiföG findet am 22. September statt!



## GANZTAGSSCHULEN

Wir brauchen in Hessen mehr Ganztagschulen, um unsere Kinder fit für die Zukunft zu machen. Der Bildungsmonitor für 2012 zeigt Hessen auf dem schlechten Platz 9 unter den Bundesländern. Ein Grund dafür sind die fehlenden ganztägigen Betreuungsangebote in den Kindertagesstätten und die viel zu geringe Anzahl von echten Ganztagschulen. Mit 2,4 % liegt Hessen hinten, im Bundesdurchschnitt sind es bereits über 16,6%. Die meisten von CDU und FDP errichteten Ganztagschulen verdienen ihren Namen nicht. Sie bieten lediglich eine Mittagsbetreuung und werden damit dem Anspruch an eine pädagogische Ganztagsbetreuung bzw. -bildung nicht gerecht.

Die SPD will den Ausbau von Ganztagschulen vorantreiben und nach einer gewonnenen Landtagswahl mit Ganztagsangeboten in den Grundschulen beginnen. Jährlich wollen wir 100 Grundschulen die Möglichkeit bieten, sich zu Ganztagschulen weiterzuentwickeln.

Eltern und Alleinerziehende haben gerade in dieser Schulphase viele Betreuungsprobleme, wenn sie ihrem Beruf nachgehen wollen. Die Schulzeiten an den Grundschulen sind zu unregelmäßig, um Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten zu können.

Die SPD legt einen Schwerpunkt auf die frühkindliche Bildung. Die ersten zehn Lebensjahre von Kindern sind für deren Bildung ganz entscheidend. Dafür bringt die Ganztagschule die benötigte Zeit. Zeit, die genutzt werden soll, um Schülerinnen und Schüler besser fördern zu können und damit ihren Stärken und auch Schwächen gerecht zu werden.

Der schulische Stoff kann in dieser Zeit für leistungsstärkere Schüler vertieft und für leistungsschwächere Schüler noch einmal wiederholt werden. Wir wollen nicht nur echte Ganztagschulen, die eine individuelle Förderung erlauben, sondern auch die Kooperation zwischen Vereinen und Verbänden mit den Schulen fördern. Dies bietet für die Jugendlichen Gelegenheit, Interessen und Hobbys zu entwickeln und auszubauen, die gerade bei G8 verloren gehen.



Brigitte Hofmeyer, MdB



Dr. Michael Reuter, MdL

## SCHULZEIT ZU ENDE – WAS NUN?

**ODER: JETZT WERDEN NÄGEL MIT KÖPFEN GEMACHT**

In der Vergangenheit sind zu viele Schülerinnen und Schüler nach Beendigung ihrer Schulzeit auf der Strecke geblieben. 170.000 junge Menschen ohne Perspektive sind einfach zu viel! Denn nur eine Berufsqualifikation sichert die Teilhabe am Arbeitsleben und damit an der Gesellschaft.

Viele Jugendliche landen nach ihrer Schulzeit in Übergangssystemen, die zwar kostenintensiv sind, aber wenig Hilfestellungen für das eigene Fortkommen geben. Dieses Übergangssystem (kann man eigentlich von einem „System“ sprechen?) muss von Grund auf überarbeitet werden.

Wir werden nach der Regierungsübernahme den jungen Menschen, sofern sie es wollen, alle nötigen Schritte zu einer beruflichen Qualifikation garantieren. Dazu werden wir das duale System stärken. Denn das duale System ist nach wie vor das Regelsystem für die berufliche Ausbildung. Wenn nicht genügend betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, werden wir schulische Angebote unterbreiten. In einem Unterstützungssystem werden wir den Jugendlichen sowohl in der Schule als auch im Betrieb Hilfestellungen geben.

Außerdem streben wir an, dass in jedem Schulträgerbezirk eine Produktionsschule entsteht, in der vor allem sozial benachteiligte Jugendliche optimal gefördert werden können.

Es muss endlich Schluss damit sein, dass junge Menschen nach ihrer Schulzeit ohne Hoffnung und ohne Perspektive auf der Straße stehen.



## MEHR PRAXIS IN DER LEHRERBILDUNG

Eine fundierte Ausbildung der zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer muss sie auf die steigenden Anforderungen vorbereiten, mit denen Lehrkräfte heute an den Schulen konfrontiert sind. Unter der schwarz-gelben Landesregierung wurde die Lehrerbildung nicht nur Opfer massiver finanzieller Einsparungen, sondern auch ein Experimentierfeld für unausgereifte Reform-schnellschüsse.

Wir brauchen Lehrerinnen und Lehrer, die auf Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen in heterogenen Lerngruppen vorbereitet sind und auf diese individuell eingehen können.

Dass die Lehrerbildung einer Reform und einer stärkeren Praxisnähe bedarf, steht außer Frage. Allerdings lehnen wir das von CDU und FDP vorgeschlagene „Praxissemester“ in seiner jetzigen Form ab, denn es überfordert die Schulen, bezieht die Studienseminare nicht mit ein und sorgt somit nicht für eine bessere Verzahnung der ersten und zweiten Ausbildungsphase. Daher ist dieser Vorschlag von CDU und FDP auch zu Recht während der Anhörung im Landtag bei den Sachverständigen durchgefallen.

Wir wollen stattdessen eine gestufte Lehrerausbildung, die einen Bachelor- und Masterabschluss umfasst. Diese Studiengänge sollen mit schulpraktischen Studien, Block- und Semesterpraktika, die wir mit Universitäten, Schulen und Studienseminaren abstimmen, ergänzt werden. An den Masterabschluss sollte sich perspektivisch eine von den Studienseminaren begleitete Berufseinstiegsphase mit geringerer Unterrichtsverpflichtung anschließen, die das Referendariat langfristig ablösen kann.



Lisa Gnadt, MdB



Heike Habermann, MdL

## **VIelfalt Stärken – Inklusion Fördern**

In Hessen droht die Inklusion von Kindern mit Förderbedarf zu scheitern.

Zwar ist der Anteil der Kinder mit Förderbedarf in den allgemeinen Schulen in den vergangenen vier Jahren auf 17,3 % gestiegen. Aber Hessen liegt damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Und gleichzeitig steigt die Zahl der Kinder, die in Förderschulen unterrichtet werden. Die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz für eine gelingende Inklusion wird durch falsche Strukturen und fehlende Ressourcen verhindert. Schulen und Lehrkräfte sind überfordert, weil Fortbildung und Unterstützung fehlen, Eltern sind verunsichert.

### **MIT EINEM GESETZENTWURF ZUR UMSETZUNG DER INKLUSION IN HESSEN WILL DIE SPD-FRAKTION DIE DISKUSSION UM DEN BESTEN WEG NEU ERÖFFNEN:**

- Die Konvention wird als individuelles Recht jedes einzelnen Kindes anerkannt. Der bisherige Ressourcenvorbehalt wird deshalb aufgehoben.
- Inklusion und Förderung werden durch ein regionales Förderbudget gesteuert, das sich an den Schülerzahlen, am Förderbedarf in der Region und an sozialen Indikatoren orientiert.
- Sonderpädagogische Förderzentren werden gestärkt, um präventive Angebote vorzuhalten, dezentrale Strukturen zur Förderung der Kinder auszubauen und die allgemeinen Schulen zu beraten. Gleichzeitig sollen Förderpädagogen im Kollegium der allgemeinen Schule zur Regel werden.
- Ziel ist, eine Beschulung in der Förderschule innerhalb von zehn Jahren weitestgehend durch inklusiven Unterricht zu ersetzen. Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf wird ein Wahlrecht zwischen Förderschulen und Regelschulen eingeräumt.
- Förderschulen können sich zu inklusiven Schulen entwickeln und in die Schulentwicklungsplanung einbezogen werden.
- Zwischen Schul-, Jugend- und Sozialhilfeträgern und dem Land sollen Kooperationsvereinbarungen erarbeitet werden, in denen die jeweiligen Aufgaben und Leistungen definiert werden.

**Inklusion fördern heißt, Chancengleichheit verwirklichen.  
Es wird Zeit, dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen.**



**IMPRESSUM:****HERAUSGEBER:**

Gert-Uwe Mende (V. i. S. d. P.),  
SPD-Landtagsfraktion,  
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

**ERSCHEINUNGSDATUM:**

Juli 2013

**REDAKTION:**

Petra Tursky-Hartmann, Öffentlichkeitsarbeit  
Martin Rabanus, Referent für Bildung  
Anja Kornau, Referentin für Bildung  
Tel.: +49 611 350-506  
Fax: +49 611 350-511  
spd-fraktion@ltg.hessen.de

**GESTALTUNG UND UMSETZUNG:**

augenfällig, Wiesbaden

**BILDER:**

© Karin & Uwe Annas - Fotolia.com (Titel)  
© Robert Kneschke - Fotolia.com (S4)  
© Karin & Uwe Annas - Fotolia.com (S6)  
© Picture-Factory - Fotolia.com (S8)  
© contrastwerkstatt - Fotolia.com (S11)

1. Auflage 2013